

Antrag

der Abgeordneten Christian Lenzer, Werner Lensing, Dr. Martin Mayer (Siegertsbrunn) und der Fraktion der CDU/CSU sowie der Abgeordneten Dr.-Ing. Karl-Hans Laermann, Dr. Karlheinz Guttmacher, Horst Friedrich und der Fraktion der F.D.P.

Biotechnologie – entscheidender Faktor einer zukunftsorientierten Innovationspolitik

Der Bundestag wolle beschließen:

- I. Der Deutsche Bundestag stellt fest:
 1. Die moderne Biotechnologie, insbesondere ihre neue Methodik, die Gentechnik, gehört zu den wichtigsten Schlüsseltechnologien des 21. Jahrhunderts. In weiten Bereichen der Lebenswissenschaften, der Medizin, der Pharmazie, der Landwirtschaft, der Lebensmittelproduktion und im Umweltbereich ist die Biotechnologie bereits heute ein entscheidender Faktor für eine zukunftsfähige Innovationspolitik. Mit der Biotechnologie verbinden sich große Hoffnungen auf Fortschritte in der Medizin und auf Fortschritte bei der Lösung globaler Umwelt- und Ernährungsprobleme. Die Entwicklung der Biotechnologie ist ein Indikator für die internationale Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands. Sie bietet ein erhebliches Potential für Wachstum und Beschäftigung.
 2. Der Biotechnologiestandort Deutschland erlebt derzeit einen dynamischen Aufschwung. Im Jahre 1996 wurde der BioRegio-Wettbewerb gestartet. Seitdem hat sich die Zahl biotechnologischer Unternehmen in Deutschland vervierfacht. Durch den BioRegio-Wettbewerb entstanden Kompetenzzentren, die weithin sichtbar sind und Investoren aus aller Welt anziehen. Im deutschen Humangenomprojekt haben sich Wissenschaft und Wirtschaft zu einem Innovationsbündnis zusammengefunden. Es hat dazu beigetragen, Forschung und Forschungsservice in Deutschland auch für die weitgehend am amerikanischen Markt orientierte Pharmaindustrie wieder attraktiv zu gestalten. Mit der Nachwuchsinitiative „Bio-Future“ wird jetzt jungen Wissenschaftlern die Chance gegeben, selbständig und unabhängig in einer deutschen Forschungseinrichtung oder Universität eine eigene biotechnologische Arbeitsgruppe zu führen. Davon wird eine Stärkung der Grundlagenforschung

und ein Schub bei Basisinnovationen in den Biowissenschaften erwartet. Die Akzeptanz der Biotechnologie ist insbesondere bei gentechnischen Anwendungen in der Medizin gestiegen. Voraussetzung für eine weitere positive Entwicklung ist Information und Transparenz für die Bürger, insbesondere bei gentechnisch veränderten Lebensmitteln.

3. In seinem Bericht zur Biotechnologie bestätigt der Rat für Forschung, Technologie und Innovation beim Bundeskanzler, daß die Forschungs- und Innovationsbedingungen in Deutschland wieder hervorragend sind. Er unterstützt die neuen Ansätze und Instrumente der Innovationspolitik. Der Deutsche Bundestag begrüßt, daß der weitaus größte Teil der Empfehlungen des Rates bereits von der Bundesregierung aufgegriffen worden ist.
4. Der Rat weist darauf hin, daß die internationalen Erfahrungen der letzten 20 Jahre mit der Anwendung der Gentechnik gezeigt haben, daß inzwischen nicht mehr von der Annahme eines Basisrisikos gentechnischer Verfahren ausgegangen werden kann. Vielmehr werden die gentechnisch spezifischen Risiken durch die verwendeten Organismen bestimmt, wobei etwa 60 % der gentechnischen Arbeiten in geschlossenen Systemen in Deutschland in die unterste Sicherheitsstufe des Gentechnikgesetzes einzuordnen und damit als risikolos einzustufen sind. Der Rat empfiehlt eine entsprechende Anpassung des deutschen Gentechnikrechts an den Stand von Wissenschaft und Technik. Dies erfordert zunächst Änderungen der europäischen Vorschriften.

II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf:

1. die biotechnologische Forschung und die Umsetzung ihrer Ergebnisse sowie den wissenschaftlichen Nachwuchs in Deutschland weiterhin prioritär zu fördern. Ziel der Förderung muß die Weiterentwicklung international sichtbarer Kompetenzzentren für Biotechnologie in Deutschland sein,
2. gegenüber der Europäischen Kommission auf eine Verabschiedung der Durchführungsbestimmungen für die Umsetzung der Novel-Food-Verordnung zu drängen, um in der EU die einheitliche Kennzeichnung gentechnisch veränderter Lebensmittel zu erreichen,
3. die gesetzlichen Rahmenbedingungen der Biowissenschaften, insbesondere in der Gentechnik, weiter zu verbessern,
4. in diesem Zusammenhang auf eine schnelle Verabschiedung der Novelle der EU-Richtlinie 90/219/EWG über die Anwendung genetisch veränderter Mikroorganismen in geschlossenen Systemen hinzuwirken,
5. die damit gegebenen Handlungsspielräume für Verfahrensvereinfachung durch die Herausnahme einzelner gentechnischer Anwendungen aus den Regelungen der Sicherheitsstufe 1 unmittelbar auf die Vorschriften des Gentechnikgesetzes zu übertragen,

6. in die Wege zu leiten, daß die gentechnischen Arbeiten im geschlossenen System der Sicherheitsstufe 1 gänzlich aus dem Regime des Gentechnikgesetzes entlassen werden,
7. sich für eine Änderung der europäischen Vorschriften einzusetzen, die diese Möglichkeiten eröffnet.

III. Der Deutsche Bundestag fordert die Länder auf:

1. die Bundesförderung für regionale Kompetenzzentren der Biotechnologie durch eigene Initiativen zu flankieren und dabei insbesondere die Vorbereitung junger Menschen auf eine Existenzgründung in der Biotechnologie zu verstärken,
2. einen Vollzug des Gentechnikrechts sicherzustellen, der zu einer weiteren Beschleunigung von Genehmigungsverfahren führt,
3. an der weiteren Modernisierung des deutschen Gentechnikrechts mit dem Ziel einer Anpassung an den Stand von Forschung und Technik mitzuwirken,
4. zu einer zügigen Verwirklichung einer Bundesregelung für die freiwillige Kennzeichnung gentechnisch nicht veränderter Produkte beizutragen.

IV. Der Deutsche Bundestag appelliert an Wirtschaft und Wissenschaft:

1. gemeinsam mit Bund und Ländern das Verständnis für die Einsatzweisen der Biotechnologie in den Schulen und in der Öffentlichkeit weiter zu verbessern,
2. die Forschung in der Biotechnologie zu verstärken und die neuen Spielräume für Investitionen am Standort Deutschland umfassend zu nutzen,
3. den Nachwuchs in der Biotechnologie mit eigenen Anstrengungen gezielt zu fördern.

Bonn, den 26. Mai 1998

Christian Lenzer

Werner Lensing

Dr. Martin Mayer (Siegertsbrunn)

Dr. Wolfgang Schäuble, Michael Glos und Fraktion

Dr.-Ing. Karl-Hans Laermann

Dr. Karlheinz Gutmacher

Horst Friedrich

Dr. Hermann Otto Solms und Fraktion

